

„Mineralölsteuer muss runter – die Stromsteuer auch“

Interview mit Julia Klöckner: Warum die Ex-Landwirtschaftsministerin nicht viel vom 9-Euro-Ticket hält und wie der Staat als Inflationsgewinner die Bürger entlasten könnte



Foto: Michael Kappeler/dpa

Aus Sicht von Julia Klöckner (CDU) hat die Bundesregierung an den falschen Stellschrauben gedreht, um die explodierenden Energiepreise in den Griff zu bekommen. Im Interview mit unserer Zeitung erklärt die Ex-Landwirtschaftsministerin, warum sie wenig von einer Übergewinnsteuer für Ölmultis hält und wie sie den russischen Präsidenten einschätzt. Ihr deutliches Urteil: „Putin ist unberechenbar, ich glaube ihm nichts.“ Die Schuld für das enge Verhältnis mit Moskau sieht sie aber nicht nur bei der früheren Kanzlerin Angela Merkel.

Frau Klöckner, vor nicht allzu langer Zeit haben Sie noch als Ministerin gearbeitet. Was halten Sie von den Vorschlägen, die Ihr Nachfolger Cem Özdemir jetzt in Sachen Tierwohl präsentiert hat?

Tierwohl ist ein ethisches Gebot und unserer Gesellschaft immer wichtiger. Aber Tierwohl kostet mehr Geld, und deshalb ist Transparenz gefragt. Damit der Verbraucher auch weiß, warum etwas mehr kostet. Ich habe deshalb ein Gesetz vorgelegt, das die EU-Kommission auch genehmigt und notifiziert hat. Im Kabinett haben wir es verabschiedet, unser damaliger Koalitionspartner SPD hat es dann aber im Bundestag gestoppt, vor allem waren es die Niedersachsen, das Bundesland mit der intensivsten Tierhaltung. Herr Özdemir hat nun meinen Entwurf wieder herausgeholt, aber abgeschwächt bei den Tierwohlanforderungen, auf bessere Bedingungen bei Transport oder Schlachtung verzichtet er. Das halte ich für falsch. Leider fehlt das Finanzierungsmodell, und die EU-Kommission hat auch kein Okay gegeben. Ich bezweifle, dass er die Kennzeichnung verbindlich einführen kann, das sagen auch Juristen. Weil der europäische Rechtsrahmen fehlt. Oder er schreibt es nur deutschen Tierhaltern vor. Dann liegt am Ende im Supermarkt

das billige Importschnitzel neben dem teuren deutschen. Wie die Entscheidung der meisten Konsumenten ausfallen wird, ist leider ziemlich klar.

Stichwort Geld: Ziehen wir den Kreis einmal größer. Die Inflation liegt knapp unter 8 Prozent, bei den Energiepreisen bekommen die Menschen allmählich Angst. Dreht die aktuelle Regierung an den richtigen Schrauben bei den Lebenshaltungskosten?

Wir haben die höchste Inflation seit 40 Jahren mit einem massiven Kaufkraftverlust. Eine solche Inflation, die gerade die Familien und kleinen Geldbeutel in unserem Land trifft, bekämpft man aber nicht mit einem 9-Euro-Ticket für drei Monate, sondern mit nachhaltig wirkenden Strukturmaßnahmen. Wenn der Staat die Steuern und Abgaben auf zum Beispiel Energie und Treibstoff wenigstens auf europäisches Niveau senken würde, hätten die Menschen mehr im Geldbeutel. Herr Lindner nimmt pro Prozentpunkt steigender Inflation 10 Milliarden Euro mehr ein. Der Staat ist der Inflationsgewinner. Das Geld müssen wir aber den Verbrauchern zurückgeben. Die Mineralölsteuer muss runter, die Stromsteuer ebenfalls. Auch die kalte Progression muss weiter ausgeglichen werden. Die alte Bundesregierung hat das immer gemacht, die neue nicht. Statt Stückwerk braucht's einen Gesamtentwurf. Jetzt ist es so, dass jeder in der Ampelregierung etwas bekommt: 9-Euro-Ticket für die Grünen, Tankrabatt für die FDP, und die SPD kommt jetzt mit dem Klimabonus. Aber Rentner, Studenten und andere Menschen wurden glatt beim Energiegeld vergessen ...

... also ich bekomme den Tankrabatt nicht. Den bekommen eher Shell, Total oder Esso ...

Das muss das Kartellamt jetzt klar untersuchen. Entscheidend ist da-

bei Transparenz. Nicht nur der Verbraucher, auch der Staat muss erkennen können, was da los ist. Ich bezweifle allerdings, dass man dem mit einer sogenannten Übergewinnsteuer Herr wird. Gewinne werden in Deutschland bereits besteuert, je höher, desto mehr. In der Corona-Phase waren wir alle über den Biontech-Impfstoff froh, und natürlich hat das Unternehmen damit hohe Gewinne gemacht. Wenn ich das jetzt strafbesteuere, ist das absolut innovationsfeindlich. Und bei den Mineralölfirmen streut man den Menschen Sand in die Augen. Die kriegen wir doch gar nicht, weil die großen nicht in Deutschland sitzen. Gut ist, dass das Bundeskartellamt eine Sektoruntersuchung vornimmt.

Gegen Biontech hat ja niemand etwas gehabt ...

Richtig, aber unser Steuerrecht gibt es nicht her, je nach Stimmungslage in gute Gewinne und schlechte zu unterteilen. Nehmen Sie die Rüstungsindustrie. In Friedenszeiten fasst man sie mit spitzen Fingern an, jetzt braucht man sie.

Es ist dieser Tage viel von Zeitenwende die Rede. Auch für die Globalisierung. Werden die Zeiten für uns alle noch härter, wenn wir nicht nur unser Verhältnis zu Russland neu justieren, sondern vor allem auch das zu China?

Geschichte wiederholt sich nicht, aber sie reimt sich. Nichts bleibt statisch. Ich bin ein Fan von regel-

basiertem Freihandel. Wir können schon aus Gründen des schonenden Umgangs mit Ressourcen nicht überall alles produzieren. Internationale Partnerschaften und Handel sind nicht vorbei, sondern wir müssen genauer hinschauen und diversifizieren. Deshalb müssen wir jetzt unbedingt das Ceta-Abkommen mit Kanada bekommen. Es kann doch nicht sein, dass Herr Habeck sich tief vor dem Emir von Katar verneigt, aber aus ethischen Gründen ein Abkommen mit Kanada nicht unterzeichnet. Wenn nicht mit Kanada, mit wem denn sonst? Es ist ein Land, das unsere Werte teilt.

Und China?

Gegen unsere Verbundenheit mit China ist die mit Russland nur ein laues Lüftchen. China versucht sich gerade sehr viel stärker von uns zu lösen als umgekehrt. Ich sehe große Herausforderungen auf uns zukommen, etwa in der Antibiotika-Produktion, der Chipherstellung und bei den seltenen Erden. Die Agenda mit China wird neu zu schreiben sein. Wir werden allerdings nicht einen einfachen Schnitt machen können. Viele Unternehmen entwickeln in China Techniken, die die deutschen Standorte wiederum brauchen. Politisch ist es dennoch richtig, bei Übernahmen durch chinesische Firmen immer genauer hinzuschauen. Das ist die Sache der Politik. Und wir müssen das Risiko auch verteilen, aber da ist vor allem die Wirtschaft gefragt.

Ex-Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU)

Julia Klöckner (CDU) ist wirtschaftspolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 2018 bis 2021 war sie Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft. Zudem war sie von 2010 bis 2022 Landesvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz. Von 2011 bis 2018 führte die 49-Jährige die

CDU-Fraktion im Mainzer Landtag. Zweimal trat sie als CDU-Spitzenkandidatin bei Landtagswahlen in Rheinland-Pfalz an. 1994 wurde Klöckner zur Nahe-Weinkönigin und 1995 zur Deutschen Weinkönigin für die Amtszeit 1995/1996 gewählt. Die Christdemokratin wurde 1972 in Bad Kreuznach geboren. red

Wie groß ist denn der Umdenkbedarf in der CDU? Die Abhängigkeiten, die Sie jetzt beschreiben, sind doch nicht über Nacht entstanden, sondern auch in den vier Merkel-Kabinetten.

Angela Merkel war nicht alleinerziehend. Die Kollegen der SPD pflegen nicht nur durch Herrn Schröder und Frau Schwesig ein enges Verhältnis zu Russland. Herr Steinmeier hat als Bundesaußenminister sehr für die Verbundenheit mit Russland gesprochen. Auch die Bundesländer – egal, welcher Farbe – haben mehr oder weniger auf ein gutes Verhältnis mit Herrn Putin gesetzt. Wenn wir ehrlich sind, hat doch jeder gehofft, dass Handel und Miteinanderreden eine Friedensdividende erzielen. Wenn wir über Jahre nicht mit Russland geredet hätten, dann würden doch jetzt alle sagen: Putin ist es doch bloß gemacht. Putin ist unberechenbar, ich glaube ihm nichts.

Inwieweit prägt der neue Vorsitzende Friedrich Merz diesen Umdenkprozess bereits?

Opposition zu sein, das haben wir selbst mit verursacht und nehmen nun wieder Anlauf. Das heißt auch, dass wir ganz CDU/CSU sein können, ohne Kompromisse in einer Koalition. Auch der Umgang mit der CSU hat sich verändert, es ist partnerschaftlicher geworden. Friedrich Merz ist jemand, der klar spricht, nicht rumeiert. Unsere Positionen sind deutlich, wir werden wieder stärker unterscheidbar. Und wir erarbeiten gerade ein neues Grundsatzzprogramm in einer Geschwindigkeit, die es noch nie gegeben hat. Unsere Partei hat neue Dynamik bekommen, und deshalb nimmt man uns auch wieder ernst, trotz Oppositionsrolle. Nehmen Sie die 100 Milliarden Euro Sondervermögen, die jetzt ausschließlich der Bundeswehr zugutekommen. Ohne unser Zutun wäre das nicht passiert.

Das Gespräch führte **Lars Hennemann**

Kompakt

Schweden kommt der Türkei entgegen

■ **Stockholm.** Im Streit um die Aufnahme von Schweden und Finnland in die Nato gibt es nach Angaben von Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg Bewegung. Wie er bei einem Besuch bei der schwedischen Ministerpräsidentin Magdalena Andersson sagte, kommt das skandinavische Land Einwänden der Türkei in zwei Punkten entgegen: Schweden ändert seine Anti-Terror-Gesetzgebung und stellt sicher, dass der rechtliche Rahmen für Rüstungsexporte seinen zukünftigen Status als Nato-Mitglied mit neuen Verpflichtungen gegenüber Verbündeten widerspiegelt.

104 Meldungen bei Vatikan-Finanzaufsicht

■ **Rom.** Die vatikanische Finanzinformationsbehörde (Asif) hat 2021 104 Meldungen zu verdächtigen Handlungen erhalten. Der Großteil davon kam von der sogenannten Vatikanbank und fünf von Behörden des Heiligen Stuhls, heißt es im Jahresbericht der Asif. Demnach untersuchte die Aufsicht mögliche Fälle von Geldwäsche. Meldungen über Terrorismusfinanzierung gingen nicht ein. Die Asif überwacht die Finanzflüsse des Heiligen Stuhls und des Vatikanstaats und soll Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung verhindern.

Rücktritt in Österreichs Spitzenpolitik

■ **Innsbruck.** In Österreich verlässt eine der prägendsten Figuren der Konservativen überraschend die politische Bühne. Tirols Ministerpräsident Günther Platter (ÖVP) will sich nach 14 Jahren im Amt und insgesamt 36 Jahren in der Politik zurückziehen. „Es ist einmal genug“, sagte der 68-Jährige. Als Nachfolger schlug Platter den Tiroler Wirtschaftsminister Anton Mattle (ÖVP) vor. Mattle solle die Partei auch in die Landtagswahl führen, die voraussichtlich von 2023 auf den Herbst 2022 vorgezogen wird. Aktuell regiert die ÖVP in Tirol – genauso wie im Bund – mit den Grünen.

Verfassungsschutz mit erster Vizepräsidentin

■ **Berlin.** Das Bundesamt für Verfassungsschutz bekommt erstmals eine Vizepräsidentin. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) beruft die Leiterin der Abteilung Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus, Felor Badenberg, als erste Frau auf den Posten. Die 47-Jährige soll ihr Amt am 15. Juni antreten. Badenberg wurde im Iran geboren, ist promovierte Juristin und seit 2006 beim Verfassungsschutz. Sie arbeitete zunächst in der Abteilung Auslandsbezogener Extremismus und war später unter anderem in der Personalverwaltung tätig sowie in den Bereichen Spionageabwehr und Cyberabwehr. Verfassungsschutzpräsident Thomas Haldenwang lobte Badenbergs „wertvolle Erfahrungen und herausragende Expertise“. dpa

System Kirche trägt Mitschuld an sexuellem Missbrauch

Eine neue Studie im Auftrag des Bistums Münster wirft Verantwortlichen Täterschutz vor – Priester sind überhört und quasi als Heilige verehrt worden

■ **Münster.** Was ihn am meisten überrascht hat? Der Historiker Thomas Großbölting bringt es auf den Punkt: „Wie viele doch über die Jahre von den Missbrauchsfällen etwas gewusst haben.“ Das Wissen zog sich über Bischöfe, Personalverantwortliche und christliche Laien bis hin zu Staatsanwälten. Im Auftrag des Bistums Münster hat Großbölting in einem Fünfer-Team mehr als zwei Jahre an einer Studie zu sexuellem Missbrauch gearbeitet. Dabei ging es nicht nur um die Frage, wie viele Fälle es in dem Bistum zwischen 1945 und 2020 gab, sondern auch darum, ob die Kirche Mitschuld trägt. Und ja, das System Kirche sei als Täter aufgetreten, ist Großböl-

ting überzeugt. Der Priester als Kleriker sei in der katholischen Kirche überhört und als geweihter Nachfolger Christi quasi als Heiliger dargestellt worden. „Die Gottes- und Nächstenliebe wurde pervertiert“, sagt Großbölting bei der Vorstellung der Studie. Gerade junge Missbrauchsoffer zwischen 10 und 14 Jahren, oft Messdiener, kamen gegen das System nicht an. Ihnen wurde nicht geglaubt. Viele waren traumatisiert, sprachen erst nach vielen Jahren.

Auch im System der Bistumsleitung sehen die Forscher ein massives Problem. Bischöfe sollten Richter, Vorgesetzter und Seelsorger gleichzeitig sein. Das habe fatale Folgen gehabt. Auch die ka-



Die Historiker **Thomas Großbölting (links)** und **Klaus Große Kracht** stellten die Missbrauchsstudie vor.

Foto: Guido Kirchner/dpa

tholische Sexualmoral habe Verbrechen begünstigt. Die Zahl der beschuldigten Priester und Missbrauchsoffer ist demnach deutlich höher als bekannt. So gab es im Bis-

tum Münster in den 75 Jahren annähernd 200 Kleriker, die sich schuldig machten, und mindestens 610 minderjährige Opfer. Die Dunkelziffer ist noch erheblich höher. Die Forscher gehen von 5000 bis 6000 Opfern aus.

Großbölting widersprach zudem der Schilderung des 2008 verstorbenen Bischofs Reinhard Lettmann, der von Einzelfällen gesprochen hatte. Missbrauchsfälle habe es flächendeckend in allen Dekanaten des Bistums auf seinem Gebiet in Nordrhein-Westfalen und rund um Vechta im Oldenburger Münsterland (Niedersachsen) gegeben. Viele hätten davon gewusst, sagte Großbölting. Er sprach von Vertuschung.

Nachweisen konnten die Forscher jahrzehntelanges Versagen in der Bistumsleitung und Strafveteiligung in verschiedenen Fällen. Dabei standen die drei Bischöfe Joseph Höfner (Amtszeit: 1962–1969), Heinrich Tenhumberg (1969–1979) und Reinhard Lettmann (1980–2008) im Mittelpunkt. Immer wieder wurden straffällig gewordene Priester nur versetzt – und wieder zu Tätern. Bei anderen setzte sich die Bistumsleitung bei der Staatsanwaltschaft ein. Ermittlungsverfahren wurden eingestellt, Gerichtsverfahren zur Farce. Ein Täter floh nach Südamerika, ein anderer nach Österreich.

Dem jetzigen Bischof Felix Genn werfen die Forscher vor, als Vor-

gesetzter gegenüber reuigen Tätern nicht die nötige Strenge gezeigt zu haben. Genn will sich am Freitag näher äußern. Großbölting betonte aber, sein Team habe unabhängig arbeiten können. Neben der Auswertung der Aktenarchive führten die Wissenschaftler Interviews mit mehr als 60 Betroffenen.

Die Betroffeneninitiative Eckiger Tisch nannte das Ergebnis der Mehrfachtäter (40 Prozent der Beschuldigten) erschreckend. „Hätte die Leitungsebene des Bistums das rechtlich Richtige und das moralisch Gebotene getan und diese Täter aus dem Klerikerstand entfernt, dann wäre vielen Kindern Leid erspart geblieben“, sagte Sprecher Matthias Katsch. Carsten Linnhoff